Österreich

Überblick: Österreich verabschiedete ein neues Gesetz, das die Teilnahme an Ausbildungscamps für Terroristen im Ausland verbietet, und unterzeichnete eine bilaterale Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten über Prävention und Kampf gegen schwere Verbrechen (Preventing and Combating Serious Crime – PCSC). Ebenso traf Österreich mit den Vereinigten Staaten ein bilaterales Abkommen, welches die Aufteilung von durch kriminelle Handlungen erwirtschaftetem, verfallenem Vermögen vorsieht. Das österreichische Parlament verabschiedete ein von der Regierung gesponsertes zusätzliches Maßnahmenpacket, das mit Juli 2010 in Kraft trat und Österreichs Regelwerk zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Anti-Money Laundering and Counterterrorist Financing – AML/CTF) stärker in Einklang mit den Financial Action Task Force (FATF) Standards brachte.

Laut dem österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) stellt „hausgemachter" gewalttätiger Extremismus innerhalb transnationaler Netzwerke die größte Bedrohung für Österreich dar. Experten im Bereich Terrorismusbekämpfung verzeichneten im Berichtszeitraum eine steigende Anzahl radikalisierter Personen unter in der zweiten und dritten Generation in Österreich lebenden muslimischen Immigranten sowie unter zum Islam konvertierten Personen.

Gesetzgebung und Strafvollzug: Das BVT ist die zentrale mit Terrorismusbekämpfung befasste Behörde im Innenministerium. Im Rahmen einer internen Überprüfung durch den staatlichen Rechnungshof wurde das Ministerium aufgefordert, die Personalressourcen des BVT für die Terrorismusbekämpfung aufzustocken, mehr Analysten für den Schutz wichtiger Infrastruktur auszubilden und Strategien für interkulturellen Dialog und die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus zu entwickeln.

Wichtige Gesetzesinitiativen zur Bekämpfung des Terrorismus waren unter anderem ein neues Gesetz, welches die Teilnahme an Ausbildungscamps für Terroristen im Ausland verbietet, die Unterzeichnung eines bilateralen österreichisch-amerikanischen PCSC Abkommens und ein bilaterales Abkommen, das die Aufteilung von durch kriminelle Handlungen erwirtschafteten, verfallenen Vermögenswerten vorsieht.

Im Februar lehnte ein Wiener Gericht in zweiter Instanz den Antrag auf vorzeitige Entlassung einer 22-jährigen muslimischen Extremistin und ihres Ehemannes ab, die im Jahr 2009 aufgrund von per Internet verbreiteter terroristischer Drohungen verurteilt worden waren. Im September verurteilte ein österreichisches Gericht den Mann zu lebenslanger Haft, der 2009 einen sich zu diesem Zeitpunkt zu Besuchszwecken in Österreich aufhaltenden Sikh Guru ermordet hatte. Dieser Mord führte in Indien zu gewalttätigen Ausschreitungen. Im Dezember wurde ein mutmaßlicher Terrorist aus Tschetschenien, der in Neunkirchen (Niederösterreich) lebte, bei seiner Rückkehr aus Saudi-Arabien am Wiener Flughafen Schwechat festgenommen. Gegen den Mann, der angeblich Mitglied einer in terroristische Aktivitäten verwickelten Terrororganisation war, lag ein von den belgischen Strafvollzugsbehörden ausgestellter internationaler Haftbefehl vor. Das Auslieferungsverfahren war bei Ende des Berichtszeitraumes noch nicht abgeschlossen.

Maßnahmen gegen Terrorismusfinanzierung: Österreich hält sich bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung eng an die EU Politik. Österreich spielt eine aktivere Rolle in der Financial Action Task Force (FATF). Als Reaktion auf die 2009 von der FATF vorgebrachte Kritik verabschiedete das österreichische Parlament ein von der Regierung gesponsertes Zusatzmaßnahmenpacket, das im Juli 2010 in Kraft trat und Österreichs Regelwerk zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Anti-Money Laundering and Counterterrorist Financing – AML/CTF) mehr in Einklang mit den Financial Action Task Force (FATF) Standards brachte. Das neue Gesetz dehnte die strafbaren Geldwäschedelikte auf das „Waschen" von Einkünften aus eigenen Straftaten (self-laundering) aus und lockerte die Bedingungen für die Offenlegung von Information über Bankkonten und Bankkontobewegungen im Zuge kriminaltechnischer Ermittlungen. Das Gesetz sieht Erleichterungen bei der Bearbeitung von Ansuchen um gegenseitige Rechtshilfe, die Einführung von strengeren Identifikationsbestimmungen für Sparkonten, sowie strengere Sorgfaltsregeln für Banken vor. Außerdem bevollmächtigt es die Österreichische Finanzmarktaufsicht, Vorschriften zur Genehmigung zusätzlicher Maßnahmen gegen höhere Risiken zu erlassen, besonders im Zusammenhang mit Staaten in denen ein höheres Risiko für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung besteht. Dieses überarbeitete gesetzliche Rahmenwerk sieht auch mehr Transparenz für Treuhandgesellschaften und Stiftungen vor und erweitert die Machtbefugnisse und Kompetenzen der Financial Intelligence Unit (A-FIU) für Österreich.

Österreichs neues Sanktionengesetz, das mit 1. Juli 2010 in Kraft trat, macht es einfacher, Vermögen als verfallen zu erklären und zu beschlagnahmen und sieht darüber hinaus noch andere Maßnahmen zur Erleichterung der Terrorismusbekämpfung vor. Das Einfrieren von Vermögen als Folge von Sanktionen, die von der UN oder EU verhängt wurden, erfolgt auf Grundlage des Sanktionengesetzes und nicht des Devisengesetzes. Das neue Gesetz beinhaltet wesentlich ausgeweitete und verbesserte Möglichkeiten zur Umsetzung von finanziellen Sanktionen gegen Terroristen (einschließlich Maßnahmen, die in unmittelbar anwendbaren EU Bestimmungen spezifiziert sind), einen erweiterten Rahmen für beschlagnahmtes Vermögen, Maßnahmen für Reiseverbote, ein Verbot für Dienstleistungen für entsprechend bezeichnete Individuen oder Organisationen, sowie administrative und strafrechtliche Bußgelder für Gesetzesverletzungen. Die österreichische Regierung wandte das neue Gesetz an, um die verschärften EU Sanktionen vom 26. Juli 2010 gegen iranische Personen oder Firmen umzusetzen.

Regionale und internationale Zusammenarbeit: Österreich unterhält Sicherheitspartnerschaften mit mehreren Ländern in der Region und das Innenministerium hat eigene Verbindungsbeamte in etlichen österreichischen Botschaften in Südosteuropa. Österreich nahm an zahlreichen Plattformen zur regionalen Sicherheit teil, einschließlich der Mitteleuropa Initiative und des Salzburg Forums. Es ist ein Gründungsmitglied des Prümer Vertrags, eines Abkommens zwischen einer Reihe europäischer Staaten über den Austausch von DNA-, Fingerabdruck- und Fahrzeugregistrierungsdaten verdächtiger Personen, das auch auf Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus abzielt. Während seiner nicht-permanenten Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2009-1010 hatte Österreich den Vorsitz des Al-Kaida und Taliban Sanktionskomitees 1267 inne. Österreich ratifizierte die beiden Protokolle aus dem Jahr 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und

der Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festland befinden.

Im Oktober sponserten Österreich, die Türkei und Bosnien-Herzegowina gemeinsam einen Workshop in Sarajewo über nationale Koordination und regionale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung. Mehr als 15 Länder und regionale Sicherheitsorganisationen beteiligten sich an der von der UNO organisierten Veranstaltung. Im Dezember unterzeichnete die damalige Innenministerin Maria Fekter ein bilaterales Protokoll über Zusammenarbeit mit dem russischen Innenministerium. Darin wird das Prozedere für die Ausweisung und Wiedereinbürgerung in das Heimatland von illegalen Einwanderern und in terroristische Aktivitäten, Geldwäsche, sowie Menschen- und Drogenhandel verwickelte russisch/österreichische Kriminelle festgelegt.

Kampf gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus: Eine Hauptkomponente der österreichischen Bemühungen zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus ist die ganzheitliche Integrationsförderung. Die österreichische Regierung beschloss einen nationalen Aktionsplan für Integration. Die meisten Initiativen zur Integrationsförderung wurden von der öffentlichen Hand gefördert und fanden auf lokaler und regionaler Ebene statt. Ein vom österreichischen Fernsehen beworbener nationaler Integrationspreis bewog viele Schulen und Unternehmen dazu, kreative Projektvorschläge einzureichen.

###